

Praxisticker Nr. 699: Lockdown Novemberhilfen / Medieninformationen zu Hilfsprogrammen

Novemberhilfe – Abschlagszahlungen angekündigt

Newsletter des Bundesfinanzministeriums vom 12.11.2020: „Das Verfahren der Abschlagszahlung für die Novemberhilfe steht. Darauf haben sich Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium geeinigt. Die Novemberhilfe mit einem Umfang von mehr als 10 Mrd. Euro bietet eine zentrale Unterstützung für Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen, die von den aktuellen Corona-Einschränkungen besonders betroffen sind. Damit das Geld schnell bei den Betroffenen ankommt, werden Abschlagszahlungen ab Ende November erfolgen.“

Das Verfahren der Abschlagszahlung umfasst folgende Punkte:

1. Soloselbständige erhalten eine Abschlagszahlung von bis zu 5.000 Euro; andere Unternehmen erhalten bis zu 10.000 Euro.
2. Die Antragstellung und Auszahlung erfolgt voll elektronisch über die Plattform www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de.
3. Die Antragstellung startet in der letzten November-Woche 2020 (voraussichtlich 25.11.).
4. Erste Auszahlungen der Abschlagszahlungen erfolgen ab Ende November 2020.
5. Die Antragstellung erfolgt einfach und unbürokratisch. Um Missbrauch vorzubeugen werden Maßnahmen zur Sicherstellung der Identität des Antragstellers vorgesehen.

Das Verfahren der regulären Auszahlung der Novemberhilfen wird parallel vorbereitet und finalisiert, damit es unmittelbar im Anschluss an die Abschlagszahlungen gestartet werden kann.“

[Link zur Pressemitteilung](#)

- Information des BMF zu den Details der Novemberhilfen: [Link](#)

- FAQ Fragen und Antworten des BMF zu den Novemberhilfen: [Link](#)

Ankündigung von zusätzlichen Lockdownhilfen für geschlossene Betriebe in Bayern

„Am 28. Oktober 2020 haben Bund und Länder beschlossen, durch Corona bedingte Betriebsschließungen im November eingetretene Umsatzausfälle durch die außerordentliche Wirtschaftshilfe – Novemberhilfe - zu kompensieren. An den Vollzugsbestimmungen wird derzeit mit Hochdruck gearbeitet. Am 10. November 2020 hat die Bayerische Staatsregierung beschlossen, dass,
–die Anträge für die Novemberhilfen des Bundes in Bayern – wie bisher für die Überbrückungshilfe – durch die IHK für München und Oberbayern bearbeitet werden,
–den Betroffenen des in Bayern bereits im Oktober lokal angeordneten Lockdowns zusätzliche Hilfen bis zu 50 Millionen Euro gewährt werden und

–die bestehenden Corona-Hilfsmaßnahmen, insbesondere der LfA, bis 30. Juni 2021 verlängert werden. Die zusätzlichen bayerischen Hilfen erhalten Unternehmen und Selbstständige, die bereits vor dem bundesweiten Lockdown auf Kreisebene betroffen waren, und zwar im Landkreis Berchtesgadener Land (20. Oktober 2020), im Landkreis Rottal-Inn (27. Oktober 2020), in der Stadt Augsburg (30. Oktober 2020) und in der Stadt Rosenheim (30. Oktober 2020). Grundlage ist die außerordentliche Wirtschaftshilfe des Bundes. Sie wird um folgende Aufschläge erhöht:

–38,71 Prozent Berchtesgadener Land

–16,13 Prozent Rottal-Inn

–3,63 Prozent Augsburg

–3,63 Prozent Rosenheim

Voraussetzung ist, dass das betroffene Unternehmen erfolgreich die Novemberhilfe des Bundes beantragt. Über den Erhöhungsbetrag entscheidet die IHK für München und Oberbayern zusammen mit der Novemberhilfe. Damit kann auf eine erneute aufwendige Prüfung verzichtet werden.“

Quelle: vbw Bayern (Vereinigung der bayerischen Wirtschaft):

<https://www.vbw-bayern.de/vbw/ServiceCenter/Corona-Pandemie/Unterst%C3%BCtzung-bei-Steuer-und-Sozialem-weitere-Finanzhilfen/Lockdownhilfen-fur-geschlossene-Betriebe-in-Bayern.jsp>

Medienmeldungen zu angekündigten Unterstützungs- und Hilfsprogrammen (ab 6.11.2020)

Chronologisch geordnet:

12.11. 17.50 Uhr BR-Corona-Ticker

Altmaier - Firmen werden zunächst nur Teil der November-Hilfen bekommen

Unternehmen werden nach Angaben von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier die versprochenen November-Hilfen nicht komplett Ende des Monats schon auf dem Konto haben. Anträge könnten ab der letzten November-Woche gestellt werden, die erste Tranche solle es dabei als Abschlagszahlung noch im November geben. Bis zur Endabrechnung mit der gesamten Zuwendung würden danach aber noch "einige Wochen" vergehen. Mit den November-Hilfen sollen Firmen entschädigt werden, die wegen der jüngsten Corona-Einschränkungen geschlossen sind.

12.11. 13:19 Uhr Tagesschau-Liveblog

Altmaier plant Abschlagszahlungen im November

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier plant nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur bei den Novemberhilfen zunächst Abschlagszahlungen. Damit sollen erste Gelder noch bis Ende des Monats bei den vom Teil-Lockdown Betroffenen ankommen.

Wie es hieß, sollen Soloselbstständige eine Abschlagszahlung von bis zu 5000 Euro erhalten, Unternehmen von bis zu 10.000 Euro. Details zu den Auszahlungen der Hilfen will das Ministerium noch bekanntgeben. Die Bundesregierung hatte Zuschüsse etwa für Gastronomiebetriebe sowie Solo-Selbstständige wie Künstler zugesagt, die von behördlich angeordneten Schließungen im Kampf gegen eine Ausbreitung

des Coronavirus betroffen sind. Es sollen Zuschüsse in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes im November 2019 gewährt werden.

12.11. 13.05 Uhr BR-Corona-Ticker

Novemberhilfen - Altmaier plant Abschlagszahlungen

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) plant nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur bei den Novemberhilfen zunächst Abschlagszahlungen. Damit sollen erste Gelder noch bis Ende des Monats bei den vom Teil-Lockdown Betroffenen ankommen. Wie es hieß, sollen Soloselbstständige eine Abschlagszahlung von bis zu 5.000 Euro erhalten, Unternehmen von bis zu 10.000 Euro. Details zu den Auszahlungen der Hilfen will das Ministerium noch heute bekanntgeben.

Die Bundesregierung hatte Zuschüsse etwa für Gastronomiebetriebe sowie Solo-Selbstständige wie Künstler zugesagt, die von behördlich angeordneten Schließungen im Kampf gegen eine Ausbreitung des Coronavirus betroffen sind. Es sollen Zuschüsse in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes im November 2019 gewährt werden. An der Umsetzung wird aber noch gearbeitet. So muss eine IT-Plattform umprogrammiert werden, außerdem sind Vereinbarungen mit den Ländern geplant. Deswegen soll es nun zunächst Abschlagszahlungen geben, damit erste Hilfen noch im November bei den Firmen ankommen.

12.11. 07:32 Uhr Internetseite Tagesschau

Scholz zu Corona-Hilfen "Wir können noch mal nachlegen"

[...]

Hilfen für Kultur- und Veranstaltungsbranche

Scholz stellte auch der von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Kultur- und Veranstaltungsbranche weitere finanzielle Unterstützung in Aussicht. "Ich kann mir beispielsweise Finanzhilfen für den Fall vorstellen, dass geplante Veranstaltungen wegen der Pandemie abgesagt werden müssen", sagte er. Zudem soll es nach seinen Worten einen Ausgleich für die geringere Zahl möglicher Zuschauer während der Pandemie geben. "Ich plane auch eine Unterstützung für künftige Kulturveranstaltungen, damit sie sich wirtschaftlich auch noch rechnen, wenn die Zahl der Zuschauer durch die Corona-Schutzregeln stark begrenzt ist", fügte er hinzu.

Auf die Frage, ob es auch den in der Branche geforderten Unternehmerlohn als eine Art Kurzarbeitergeld für Selbstständige geben wird, sagte Scholz: "Ich will auch etwas für die Soloselbstständigen tun. Lassen Sie uns noch ein paar Tage Zeit, miteinander und vor allem mit der EU-Kommission gute Lösungen zu finden." Der SPD-Politiker betonte, er habe intensiv mit der Kultur- und Veranstaltungsbranche gesprochen, die sich in der Initiative "Alarmstufe Rot" zusammengeschlossen hat. "Mein Ziel ist es, eine möglichst maßgeschneiderte Lösung hinzukriegen, auch wenn es kompliziert ist", so der Minister.

[...]

12.11. BR-Corona-Ticker

06.14 Uhr: Scholz plant Finanzhilfen für Kultur- und Veranstaltungsbranche

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat mehr finanzielle Hilfen für die von der Corona-Pandemie besonders betroffene Kultur- und Veranstaltungsbranche in Aussicht gestellt. "Ich kann mir beispielsweise Finanzhilfen für den Fall vorstellen, dass geplante Veranstaltungen wegen der Pandemie abgesagt

werden müssen", sagte Scholz dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Es könne nicht sein, dass Organisationen ohne eigenes Verschulden auf allen Kosten sitzenblieben, so Scholz weiter. Zudem soll es nach seinen Worten einen Ausgleich für die geringere Zahl möglicher Zuschauer während der Pandemie geben. Zukünftige Kulturveranstaltungen sollen sich damit auch mit begrenzter Zuschauerzahl wirtschaftlich rechnen. Der SPD-Politiker betonte, er habe intensiv mit der Kultur- und Veranstaltungsbranche gesprochen, die sich in der Initiative "Alarmstufe Rot" zusammengeschlossen hat. "Mein Ziel ist es, eine möglichst maßgeschneiderte Lösung hinzukriegen, auch wenn es kompliziert ist", so der Minister.

9.11. 09:28 Uhr BR-Corona-Ticker

Novemberhilfen: Immer mehr Länder fordern Nachbesserungen

Immer mehr Länder fordern die Bundesregierung zu Nachbesserungen bei den Novemberhilfen für Firmen auf, die vom Teil-Lockdown betroffen sind. In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) warnen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vor zu viel Bürokratie und Verzögerungen bei der Auszahlung der Zuschüsse. Außerdem fordern sie andere Vorgaben bei Hilfen für indirekt von Schließungen betroffene Firmen.

Das geht aus einem Brief der drei Länderwirtschaftsminister an Altmaier hervor, welcher der Deutschen Presse-Agentur vorlag. Zuvor hatte es etwa aus Baden-Württemberg Kritik an den Plänen der Bundesregierung gegeben.

7.11. 12:41 Uhr Tagesschau-Liveblog

Karliczek stellt weitere Hilfen für Studierende in Aussicht

Von den Corona-Einschränkungen betroffene Studentinnen und Studenten können im gesamten Wintersemester auf Überbrückungshilfen der Bundesregierung hoffen. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) zeigte sich in der "Rheinischen Post" offen dafür, die Nothilfen bis zum Ende des Semester zu zahlen. Die Hilfen sollen zunächst im November wieder eingesetzt werden. Sie richten sich etwa an Studenten, die wegen der Pandemie ihre Nebenjobs verloren haben.

"Wir lassen die Studierenden in dieser Pandemie nicht allein", sagte Karliczek der "Rheinischen Post". Die Regierung sei sich mit dem Deutschen Studentenwerk einig, die "bewährte Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen" im November wiederaufleben zu lassen. Die Ministerin fügte zugleich hinzu: "Ich kann mir vorstellen, dass die Überbrückungshilfe aber auch darüber hinaus bis zum Ende des Wintersemesters weiterläuft." Hilfen gab es bereits in den Monaten Juni bis September. Rund 135.000 Studenten hatte diese in Anspruch genommen.

6.11.16:46 Uhr Tagesschau-Liveblog

Regierung verlängert KfW-Kreditprogramm bis Mitte 2021

Das Corona-Sonderkreditprogramm der staatlichen Förderbank KfW wird bis Ende Juni 2021 verlängert. Das teilten Finanz- und Wirtschaftsministerium in Berlin mit. Damit sollen Unternehmen bei Bedarf weiterhin schnell an Liquidität kommen. Die EU-Kommission muss der Verlängerung noch zustimmen.

"Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind größer und länger, als wir dies Mitte des Jahres noch erwartet und erhofft hatten", sagte Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Der KfW-Schnellkredit stehe ab Montag auch Selbstständigen und Firmen mit bis zu zehn Mitarbeitern offen. Sie könnten bis zu 300.000 Euro beantragen, wobei der Bund für die Hausbanken das Risiko komplett übernehme.

6.11. 16.27 Uhr BR-Corona-Ticker

Länder: Auszahlung von Hilfsgeldern noch diesen Monat schwierig

Die Länder halten die von der Bundesregierung angestrebte schnelle Auszahlung der neuen Corona-Hilfen für November für eine Herausforderung. "Viele Bewilligungsstellen sind schon heute durch die Überbrückungshilfe stark belastet", heißt es in einem Informationsschreiben nach der Telefonkonferenz der Landeswirtschaftsminister, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt.

Die für die Auszahlung zuständigen Länder hätten gerne die Finanzämter eingespannt. "Leider ist das nicht möglich. Dazu fehlt eine gesetzliche Grundlage, und die Finanzämter sind von ihrer Ausstattung und IT-Infrastruktur nicht so aufgestellt, dass sie hier schnelle Hilfe leisten könnten."

6.11. 14:41 Uhr Tagesschau-Liveblog

Spahn plant neue Hilfen für Krankenhäuser

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) plant neue Finanzhilfen für die Krankenhäuser in der Corona-Pandemie. "Kein Krankenhaus soll wirtschaftlich einen Nachteil dadurch haben, dass es in dieser Pandemie mithilft", sagte Spahn im Bundestag. In der kommenden Woche wolle er Vorschläge vorlegen, um die Krankenhäuser "wirtschaftlich abzusichern".

Ein Sprecher von Spahns Ministerium sagte, es gehe darum zu verhindern, dass Krankenhäuser in Liquiditätsprobleme geraten. Derzeit bekämen die Krankenhäuser coronabedingte Ausfälle "ex post", also hinterher erstattet, was zu Liquiditätsproblemen führen könne, sagte der Sprecher. In der Bundesregierung liefen derzeit Gespräche über die geplanten Hilfen, sagte er weiter. Zum möglichen Finanzvolumen wollte er sich nicht äußern.

6.11. 13.56 Uhr BR-Corona-Ticker

Bundesrat stimmt Verlängerung von Kurzarbeitergeld-Bezug zu

Die von der Bundesregierung geplante verlängerte Bezugszeit für das Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise findet Zustimmung im Bundesrat. Normalerweise würden die Regelungen zum Jahresende auslaufen. Die Bezugszeit für das Kurzarbeitergeld soll auf bis zu 24 Monate verlängert werden, maximal bis Ende 2021. Dafür sprach sich nun auch die Länderkammer in Berlin aus. Die Verlängerung soll für alle Betriebe mit einem Beginn der Kurzarbeit bis Ende 2020 gelten.

6.11. 13.44 Uhr BR-Corona-Ticker

Spahn plant weiter Finanzhilfen für Krankenhäuser

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) plant neue Finanzhilfen für die Krankenhäuser in der Corona-Pandemie. "Kein Krankenhaus soll wirtschaftlich einen Nachteil dadurch haben, dass es in dieser Pandemie mithilft", sagte Spahn im Bundestag. In der kommenden Woche wolle er Vorschläge vorlegen, um die Krankenhäuser "wirtschaftlich abzusichern".

Ein Sprecher von Spahns Ministerium sagte, es gehe darum zu verhindern, dass Krankenhäuser in Liquiditätsprobleme geraten. Derzeit bekämen die Krankenhäuser coronabedingte Ausfälle "ex post", also hinterher erstattet, was zu Liquiditätsproblemen führen könne, sagte der Sprecher.

In der Bundesregierung liefen derzeit Gespräche über die geplanten Hilfen, sagte er weiter. Zum möglichen Finanzvolumen wollte er sich nicht äußern.

Autor: Marianne Kottke, LSB-Bibliothek

**Der LSB-Praxisticker ist ein Service des LSB für seine Mitglieder.
LSWB, Hauptgeschäftsstelle München, HansasträÙe 32, 80686 München
Tel 089 / 273 214 17, Fax 089 / 273 06 56, E-Mail: praxisticker@lswb.de**